

Wahlprüfstein „Rettet die Familie“

Angesichts der bestehenden Schieflage zwischen Familien- und Erwerbsarbeit stellen wir folgende Fragen:

1. Wird sich Ihre Partei bei der aktuell anstehenden Reform des Rentensystems dafür einsetzen, dass die Erziehungsarbeit der Eltern als Grundlage künftiger Renten bei der Rentenberechnung der Erwerbsarbeit zumindest gleichgestellt wird?

Wir wollen eine grundlegende Revision der Rentenpolitik. Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Zeiten niedriger Löhne sollen ausgeglichen werden. Zeiten der Familienarbeit müssen ebenfalls besser abgesichert werden. Für jedes Kind wollen wir drei Entgeltpunkte auf dem Rentenkonto gutschreiben. Die Rente erst ab 67 muss zurückgenommen werden. Wir wollen eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1050 Euro: Wer bereits heute auf lange Phasen mit schlechten Löhnen, Erwerbslosigkeit oder Krankheit zurückblicken muss, hat trotzdem Anspruch auf ein würdevolles Leben im Alter. Kein Mensch soll im Alter von einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze leben müssen.

2. Wird sich Ihre Partei für eine Reform des Elterngeldgesetzes einsetzen, mit dem Ziel, alle Eltern gleich zu behandeln, indem nicht der vorherige Erwerbsslohn sondern die elterliche Sorgearbeit zum Maßstab genommen wird?

Wir wollen eine Reform des Elterngeldes. Es muss personengebunden sein. Zwölf Monate für jeden Elternteil, 24 Monate für Alleinerziehende wäre eine echte, konkrete Verbesserung. Es muss außerdem flexibler werden. Eltern müssen sich dafür entscheiden können, im ersten Lebensjahr ganz für ihr Kind da zu sein, auch gemeinsam, wenn sie es wünschen. Aber sie müssen natürlich auch die Möglichkeit haben, diese Leistung später im Leben des Kindes (bis zum siebten Lebensjahr) zu beanspruchen. Das Elterngeld darf nicht auf Transferleistungen angerechnet werden.

3. Wird sich Ihre Partei für eine der staatlichen Krippen-Förderung (U3) entsprechende Honorierung der elterlichen Erziehungsarbeit einsetzen, die den Eltern die freie Entscheidung überlässt, dieses Honorar entweder selbst zu behalten als Lohn für ihre persönliche Erziehungsarbeit oder aber es einzusetzen zum „Einkauf“ von Fremdbetreuung ihrer Wahl, um anderweitig erwerbstätig sein zu können?

DIE LINKE setzt auf eine öffentlich organisierte Kinderbetreuung mit hoher Qualität. Gerade Kinder, die von der Familie keine ausreichende Unterstützung und Zuwendung erfahren, können durch gute Kindertagesstätten vieles kompensieren. Außerdem ist für alle Kinder ein Lernen und gemeinsames Aufwachsen mit anderen Kindern von hohem Wert. Sie lernen mehr von Gleichaltrigen als von Erwachsenen, sie werden ermutigt, Dinge auszuprobieren, sich weiter zu wagen und Neues zu

erleben, sie lernen sich gegenseitig zu unterstützen und solidarisch zu sein. Hier haben Kindertagesbetreuungseinrichtungen einen wesentlichen Vorteil vor einer Nur-Familien-Erziehung. Ein Betreuungsgeld lehnt DIE LINKE ab.

4. Ist Ihre Partei bereit, sich mit neueren neurobiologischen Erkenntnissen zur Kleinkindbetreuung auseinanderzusetzen?

Wir setzen uns ständig mit neuen Forschungsergebnissen und Erkenntnissen auseinander, auch zu diesem Thema. Wir können gut nachvollziehen, dass eine gute Bindung zu den Eltern für Kinder wesentlich ist, dass eine angemessene Eingewöhnungszeit mit einer Begleitung durch einen Elternteil notwendig ist und die Kindertagesstätte gut personell aufgestellt sein muss. Wir wollen ein Betreuungsverhältnis von mindestens einer anwesenden Erzieherin oder einem Erzieher zu maximal drei Kindern im Alter bis drei Jahren.